

UMSCHAU

Christliche Gesellschaftslehre im Sozialismus?

Daß es in Theologie und Kirche Polens eine lebendige Tradition christlicher Gesellschaftslehre gibt, dürfte im Westen nur Fachleuten bekannt sein. Der Konrad-Adenauer-Stiftung kommt das Verdienst zu, mit ihr ein intensives Gespräch begonnen zu haben. Nachdem im Januar 1985 in St. Augustin bei Bonn eine erste Fachkonferenz mit polnischen Gästen über die Enzyklika *Laborem exercens* stattgefunden hatte, trafen sich im Juni 1986 auf Einladung der Fakultät für Sozialwissenschaften der Katholischen Universität Lublin mehr als dreißig polnische und deutsche Theologen und Sozialwissenschaftler zu einem einwöchigen intensiven Gedankenaustausch im Gästehaus der Katholischen Universität Lublin in Kazimierz an der Weichsel. Unter dem Leitgedanken der Subsidiarität wurden Entwicklungen in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland vergleichend analysiert.

Was kann eine solche Begegnung von Wissenschaftlern erbringen, die in so unterschiedlichem gesellschaftlich-politischem Kontext arbeiten? Zum einen ganz gewiß die im Vergleich deutlichere Erkenntnis der eigenen Situation und Probleme; zum anderen aber auch die Einsicht in gemeinsame Herausforderungen und Aufgaben. Herausgefordert sieht sich die christliche Gesellschaftslehre, wie in den Gesprächen in Kazimierz immer wieder deutlich wurde, heute in vielfältiger Weise: durch nachkonziliare Theologie und Ekklesiologie, durch die profanen Sozialwissenschaften, durch den sozialen Wandel und den Pluralismus industrieller Gesellschaft, auch wenn letzterem die Politik in beiden Ländern höchst unterschiedlich begegnet.

Die damit angedeuteten Grundfragen wurden in den beiden Einführungsreferaten von Lothar Roos, Bonn, und Helmut Juros, Akademie für Katholische Theologie Warschau, bereits in aller Schärfe formuliert. Juros zeichnete die anthropologischen Grundlagen der Sozialethik bei Johannes Paul II. nach und stellte damit die Fra-

ge, wie weit diese kommunikabel sein könne im Gespräch mit Sozialphilosophie und mit empirischer Sozialwissenschaft. Das Verhältnis von einzelwissenschaftlich-perspektivischer, philosophisch-transzendierender und ethisch-praktischer Wahrheitserkenntnis bedarf für dieses Gespräch des Unterscheidungsvermögens ebenso wie der Bereitschaft zur Integration im praktischen Vollzug und zum Ertragen von Spannungen.

Ebenso zeigte sich in Lothar Roos' Skizze der theologisch-anthropologischen Grundlagen der christlichen Gesellschaftslehre, daß das Verhältnis von Kirche/Theologie und weltlichen Ordnungen zur Debatte steht: Genügt für die soziale Praxis von Christen eine vom Evangelium inspirierte Sozialkritik, etwa im Sinn politischer Theologie, oder bedarf es nicht doch darüber hinaus der Vermittlung mit vernünftig faßbaren Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit sowie des Entwurfs konkreterer Handlungsmodelle zur „guten Ordnung“ der Gesellschaft, und zwar unter Berücksichtigung situationsbezogener Ermessensspielräume im Abwägen konkurrierender Güter? Wie muß ferner Kirche selbst strukturiert sein, wenn sie diese Vermittlung leisten soll, ohne in den alten Integralismus zurückzufallen oder kurzschlüssig Anleihen bei weltlichen Ideologien zu machen? Jedenfalls wurde in den Gesprächen mit den polnischen Kollegen immer wieder deutlich, daß für Kirche und Christen im „Sozialismus“, sofern sie eine Chance zu argumentativer Auseinandersetzung mit der offiziell verordneten Ideologie haben und wahrnehmen wollen, eine zwar theologisch geleitete, aber philosophisch begründete Gesellschaftslehre und Sozialethik unerlässlich ist.

Aus der Vielfalt der Einzelthemen, die in Kazimierz Gegenstand der Gespräche waren, seien im folgenden nur einige stichwortartig in ihrer Virulenz skizziert.

Familie – Schule – Erziehung: Bruno Heck, der

Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, steuerte selbst ein Referat zur Situation der Familie in der industriellen und pluralistischen Gesellschaft bei. Die Familie sei faktisch nicht mehr das konstitutive Fundament dieser Gesellschaft. Angesichts der Gefahr ihrer Auflösung oder Reduzierung auf Restfunktionen stelle sich die Grundfrage, wie sie vorgegebene soziale und moralische Gemeinschaft bleiben könne, in der die zweite, die soziale Geburt des Menschen geschehen soll als Ermöglichung eines Lebens in sittlicher Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund zeigte sich, jedenfalls unter den deutschen Teilnehmern, schon der Familienbegriff als kontrovers. Genügt es für praktische Familienpolitik, Familie empirisch als soziale Gruppe zu definieren, in der ledige Kinder betreut werden, oder braucht man nicht, worauf die Vertreter der christlichen Gesellschaftslehre insistierten, einen Wesensbegriff von Familie? Der Vergleich familienpolitischer Maßnahmen in Polen und in der Bundesrepublik ließ viel Gemeinsames im Sozialtechnischen erkennen, während Begründungen und Ziele stark auseinandergehen: Hier der Versuch eines gewissen Familienlastenausgleichs bei Enthaltensamkeit des Staates in Fragen der Moral und der Bevölkerungspolitik, dort auf seiten des politischen Systems eine Mischung von Interesse und Mißtrauen: Man möchte die Familie, übrigens auch die Kirche, als Stütze gesellschaftlicher Moral, aber nicht als Freiraum oder gar als Gegenautorität in der sozialistischen Arbeitsgesellschaft.

In je spezifischer Weise erwies sich auch die Schule als ein besonderes Problemfeld in beiden Gesellschaften. Während man sich in der Bundesrepublik fragt und darüber streitet, wie weit die Kirche im mittlerweile völlig säkularisierten Schulwesen der pluralistischen Gesellschaft mit eigenen Institutionen gleichsam modellhaft anwesend sein kann und soll, wie weit sie andererseits dem weltlichen Schulwesen Hilfe leisten kann bei der Lösung seiner Probleme, so findet sich die Kirche in Polen in einem formell staatlichen und ideologisch sozialistischen Schulwesen informell wirksam durch die Anwesenheit vieler gläubiger Christen, freilich ohne institutionelle Absicherung. Daneben hat sich eine Vielfalt eigener kirchlicher Aktivitäten auf freiwilliger Basis entwickelt

(Katechese, informelle Zentren, Wallfahrten), die sich wachsenden Zuspruchs junger Menschen erfreuen. Dennoch wurde auch von polnischen Kollegen die Sorge formuliert, ob und wie weit in Zukunft die zur Sicherung christlicher Erziehung in der sozialistischen Gesellschaft nötige Kraft der Familien ausreiche. Auch wenn sie heute noch als erheblich stärker gelten darf als etwa in der Bundesrepublik Deutschland, kann man nicht sicher sein, ob sie sich auf dem Feld der Bildung und Erziehung, das vom System zu einem ausgesprochenen Kampfplatz ideeller Kräfte gemacht wurde, stark genug wird behaupten können. In diesem Zusammenhang waren kritische Anmerkungen einiger polnischer Gesprächsteilnehmer nicht zu überhören zu sich gegenseitig stützenden autoritären Mentalitäten in polnischen Familien und in der polnischen Kirche.

Pluralismus: Einmütig wurde von den Teilnehmern gesellschaftlicher Pluralismus sowohl als Voraussetzung als auch als Folge subsidiär geordneter Gesellschaft positiv bewertet. Die mit dem Pluralismus verbundenen Probleme stellten sich für beide Gesellschaften jedoch sehr unterschiedlich dar. Während aus westdeutscher Sicht die Frage im Vordergrund stand, wie der überbordende Interessenpluralismus der Verbände in ein Gemeinwohlkonzept integriert werden könne, legten polnische Gesprächsteilnehmer Wert auf die Unterscheidung zwischen sozialem und kulturellem Pluralismus. Während ersterer aus Systemgründen in Polen nur latent vorhanden sei, habe letzterer als Konkurrenz der Ideologien und Weltanschauungen für die polnische Gesellschaft eine große, manifeste Bedeutung. Dabei wurde auch die These vertreten, der kulturelle Pluralismus sei bedeutender als der soziale und könne diesen provozieren; andererseits sei freilich ohne strukturelle Veränderungen die Latenz des sozialen Pluralismus nicht zu überwinden.

Selbstverständlich spielte in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Gewicht und der Bedeutung der katholischen Kirche in Polen eine große Rolle. Bekanntlich ist es in Polen im Unterschied zu anderen sozialistischen Systemen der herrschenden Partei nicht gelungen, die Kirche auf Kultfunktionen zurückzudrängen. Sie stellt vielmehr ganz selbstverständlich eine kulturelle und moralische Kraft dar, die vom System nicht

nur respektiert wird, sondern angesichts mancher Sozialpathologien auch von Repräsentanten des Systems partiell positiv bewertet wird. Da die Kirche ein in der Tradition begründetes und kohärentes Wertekonzept vertritt, erfreut sie sich hoher Anerkennung als nationale und kulturelle Instanz in der polnischen Gesellschaft, was freilich bei vielen einen „selektiven Katholizismus“ zur Folge hat. Von den polnischen christlichen Sozialwissenschaftlern wird der Unterschied zwischen Katholizismus als Kultur und Katholizismus als Religion offenbar sehr nüchtern gesehen. Auch der schon erwähnte starke Zuspruch, den neuere Formen der Seelsorge heute in Polen erfahren, erklärt sich zum Teil aus dieser besonderen Situation der polnischen Kirche. Immerhin ist aber die Entwicklung einer sogenannten kategorialen Seelsorge in Polen für unterschiedliche Berufsgruppen, übrigens zum Teil ausdrücklich auf der Basis der christlichen Gesellschaftslehre, ein höchst bemerkenswerter Vorgang.

Wirtschafts- und Sozialordnung: Während unter den deutschen Teilnehmern wieder einmal die Diskussion zwischen Neoliberalen und Christlich-Sozialen über den Rang des Wettbewerbs ausgetragen wurde (Wettbewerb als Prinzip oder als Institution oder nur als Instrument?), interessierten sich die polnischen Gesprächsteilnehmer eher für Fragen wie die, ob der von ihnen gewünschte Wettbewerb auch ohne Privateigentum an Produktionsmitteln möglich sei; ob Wettbewerb auch in ärmeren Gesellschaften effizienter wirke als staatlicher Dirigismus. Nicht nur die deutschen, sondern auch die polnischen Wirtschaftsfachleute, die am Gespräch beteiligt waren, neigten zur Bejahung dieser Fragen unter der Voraussetzung, daß bestimmte Rahmenbedingungen gesichert seien. Stefan Kurowski von der Katholischen Universität Lublin legte kenntnisreich und überzeugend dar, daß der dritte Versuch einer polnischen Wirtschaftsreform, wie er laut Gesetz nach der Aufhebung des Kriegsrechts eingeleitet wurde, einen guten Schuß subsidiären Denkens vertragen könne, wobei eine Vermittlung zwischen Gemeinwohl und Subsidiarität zu suchen sei.

Themenstichworte wie Genossenschaften, Selbstverwaltung und Föderalismus boten weiteren Anlaß zu vergleichenden Analysen. Bei über-

einstimmender Kritik an systemübergreifenden Tendenzen zu technokratischer Rationalität, zu Egalisierung und umfassender Planung wurden doch auch hier wieder die prinzipiellen Systemunterschiede deutlich, unter anderem an der Auseinandersetzung zwischen polnischen Kollegen darüber, ob Begriffe wie Genossenschaften und Selbstverwaltung dort überhaupt sinnvoll anwendbar seien. Eine vergleichende Analyse unterschiedlicher landwirtschaftlicher Genossenschaften in Polen durch Jan Turowski, Lublin, kam zu dem Ergebnis, daß man allenfalls für die Gartenbaugenossenschaften in Polen zu gewissen positiven Wertungen kommen könne; bei allen anderen Genossenschaften dominiere die Reglementierung von oben, man sei also von Subsidiarität weit entfernt.

Menschenrechte: Am eindringlichsten wurde das Verhältnis von Person und Staatsgewalt zum Gesprächsgegenstand beim Thema Menschenrechte. Hier wurden auch die prinzipiellen Systemunterschiede am deutlichsten. Eine von polnischer Seite vorgetragene vergleichende Analyse kam zu dem Ergebnis, daß sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch im gesetzlichen Schutz und in der Realisierung von Menschenrechten der prinzipielle Unterschied zwischen westlich-demokratischem und sozialistisch-kommunistischem Verständnis unübersehbar sei. Der westlich-liberale Staat versteht sich subsidiär mit Verhältnis zur menschlichen Person und ihren ihr von Natur aus eignenden Rechten; der sozialistische Staat versteht sich als die Macht, die den Bürgern erst ihre Rechte verleiht, sie verbürgt, interpretiert, gesetzlich und sozial realisiert nach Maßgabe der Ideologie, auf die er selbst sich gründet.

Will man ein *Fazit* dieser wissenschaftlich wie menschlich außerordentlich interessanten und bewegenden Begegnung ziehen, dann kann man selbstverständlich die Frage nicht umgehen, die auch im Gespräch in Kazimierz immer wieder berührt wurde: Können Überlegungen über eine subsidiäre Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft in einem sozialistischen System marxistisch-leninistischer Prägung sinnvoll sein, wenn sie gleichsam unter der „politischen Schwelle“, unterhalb der Systemfrage gehalten werden müssen? Daß sie rebus sic stantibus unter dieser

Schwelle bleiben müssen, war allen Beteiligten klar. Immerhin können solche Gespräche heute in Polen geführt werden, und es war auch klar, daß dies nicht selbstverständlich ist. Unmißverständlich wurde in diesem Zusammenhang von polnischer Seite die Überzeugung formuliert, gerade die Konrad-Adenauer-Stiftung müsse „auf dem polnischen Parkett salonfähig sein“; sie müsse im Gespräch mit polnischen Katholiken präsent sein, und das dafür sich anbietende Medium sei die

christliche Gesellschaftslehre, in Polen heute gleichsam eine alternative Philosophie. Folgekonferenzen wurden von beiden Seiten dringend gewünscht, auch unter Erweiterung des polnischen Teilnehmerkreises, der diesmal vor allem aus Mitgliedern der gastgebenden Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Lublin bestand. Solche Kontakte, so ausdrücklich von polnischer Seite formuliert, seien „lebenswichtig“.

Bernhard Sutor